

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 277/2016
Kiel, Mittwoch, 20. Juli 2016

Bildung/Oberstufen

Anita Klahn: Neugeschaffene Oberstufen an Gemeinschaftsschulen sind bildungs- und finanzpolitisch ein Fehler

Zur Entwicklung der neugeschaffenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die neugeschaffenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen sind bildungs- und finanzpolitisch ein Fehler. Bildungspolitisch haben diese Oberstufen keine ausreichende Größe, um ein vernünftiges Profilangebot zu gewährleisten. Man braucht eine gewisse Schülerzahl, um ein ausreichendes Angebot machen zu können. Das ist auch wichtig für die Schülerinnen und Schüler, da sie nur so ihren Interessen und Neigungen nachgehen können. Fast keine dieser Oberstufen hat z.B. ein sprachliches Profil. Auch haben die Schulen keine ausreichende Anzahl an Lehrkräften mit gymnasialer Fakultät, so dass in der Breite nicht auf ausreichendem Niveau unterrichtet werden kann und die Qualität des Abiturs leidet.

Finanzpolitisch wurden und werden noch erhebliche Investitionen getätigt, obwohl kein Bedarf besteht. Es besteht die Gefahr, dass Investitionsruinen entstehen. Auch müssen gesondert Personalressourcen für sehr kleine Einheiten bereitgestellt werden. Folge ist, dass die Unterrichtsversorgung an allen Schulen leidet. All dies geschieht vor dem Hintergrund extrem knapper Ressourcen im Bildungssektor. Schließlich ist der Kampf zwischen den Schulen um Schüler durch die Schaffung der neuen Oberstufen weiter verschärft worden. Leidtragende sind insbesondere Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufen, aber auch berufliche Schulen.

Es ist daher Zeit, Bilanz zu ziehen über diese von der Regierungskoalition eingeleitete Fehlentwicklung. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, einen umfassenden Bericht zur Entwicklung der neugeschaffenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen vorzulegen.“